

falls dies nicht erwünscht ist, werden von den Parteien entsprechend ihrem bei den letzten Wahlen zu Tage getretenen Stärkeverhältnis vorgeschlagen.

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen beauftragt die Großhessische Regierung, möglichst rasch diese Entschliebung der Militärregierung, dem Länderrat und allen für die Durchführung in Betracht kommenden Behörden zur Kenntnis zu bringen und im Sinne der Verwirklichung dieser Entschliebung tätig zu sein.

Nr. 35

Antrag der Fraktion der SPD.

Um den zunehmenden Berufsunfällen in der Bauindustrie wirksam zu begegnen, wird beantragt, das Hessische Gesetz „Unfallverhütung und Arbeiterschutz“ vom 14. Oktober 1930 wieder in Kraft zu setzen und die Stadt- und Landkreise zu verpflichten, Baukontrolleure, die aus den Bauberufen zu entnehmen sind, anzustellen.

Nr. 36

Antrag der Fraktion der SPD.

Betr.: Schmutzarbeiter-Zulagen.

Die Landesversammlung wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, alle zu Arbeitslöhnen gezahlten Schmutzzulagen von der Lohnsteuer zu befreien. Arbeiten, für welche Schmutzzulagen gewährt werden, sind unter ungünstigen Arbeitsbedingungen, oft auch unter gesundheitswidrigen Verhältnissen, durchzuführen. Sie bedingen einen erhöhten Kleiderverschleiß und einen Mehraufwand an Reinigungskosten. Auch die Gründe, welche zur Steuerfreiheit der Aufwandsentschädigungen führten, sind hier anzuwenden. Da schon im Jahre 1936 Steuerfreiheit für Schmutzzulagen gewährt wurde, so ist dies bei den heutigen verteuerten Lebensbedingungen erst recht geboten. Der Wegfall der Steuerfreiheit im Jahre 1944 war kriegsbedingt und kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Nr. 37

Antrag der Fraktion der SPD.

Betr.: Zulassung von Gewerbetreibenden aus Flüchtlingskreisen.

Wichtige Gewerbetreibende, z. B. Schuhmacher, Schneider, Schreiner usw. sind mit Arbeit überlastet und nehmen oft dringende Reparaturen nicht mehr an. Trotzdem werden solche Gewerbetreibende aus Flüchtlingskreisen nicht zugelassen.

Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt deshalb, diesem Umstand abzuweichen durch Zulassung von Flüchtlingen.
